

Märkischer Sprecher

Preis: 20 Pf. pro Quartal. In Bochum und Umgebung für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 12. 1925. (im voraus zahlbar) im Postamt Bochum. — Für unregelmäßige Einlieferungen haften die Abonnenten. — Für die Redaktion ist keine Haftung zu übernehmen. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Leser. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Leser. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Leser.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei W. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Dudenbergstraße 11, Fernsprecher 125. • Postfach 125. Dortmund Nr. 3693.
Schriftleitung: Dudenbergstraße 4, Fernsprecher 125.

Abbestellungsfrist: Die 7. mm breite Seite in 1 mm Höhe im Druck. — Die 7. mm breite Seite in 1 mm Höhe im Druck. — Die 7. mm breite Seite in 1 mm Höhe im Druck. — Die 7. mm breite Seite in 1 mm Höhe im Druck. — Die 7. mm breite Seite in 1 mm Höhe im Druck.

Nr. 158.

Donnerstag, den 9. Juli 1925.

97. Jahrgang.

Der Reichstag über die besetzten Gebiete.

Die Reichsregierung für die Wiederherstellung des Reichskommissariats in Koblenz. — Aufrechterhaltung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, solange es die Verhältnisse erfordern.

Erklärungen des Ministers Frenken und der Parteien.

Berlin, 8. Juli.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.45 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Abg. Dr. West (D.) in einer Erklärung fest, daß sich sein Abgeordnetenstand auf 97 600 Mitgl. beläuft. Die Behauptung, daß es sich um einen Millionenbefehl handle, sei also eine planmäßig ausgeführte Verleumdung. Diejenigen, die das behaupten, so erklärt der Redner, wollen mich auf die Stufe herabdrücken, auf der sie selber stehen. Meine baldige Auflösung hält der Redner für erforderlich. Die Verleumdungen müßten an den Pranger gestellt werden. Dr. West teilt weiter mit, daß er die Strafverfolgung der deutschen Abgeordneten Dr. Oberhofen und Rabenmacher beantragt habe. Reiter habe die deutsche Fraktion, die doch an der Aufrechterhaltung der Dinge ein besonderes Interesse haben müsse, die erbettene Unterstützung verweigert. (Sehr lautes Hört! Hört! links.)

Die zweite Lesung des Haushaltsplanes wird darauf fortgesetzt, beim Haushalts für den Friedensvertrag und für die Kriegskosten.

Abg. v. Guérard (R.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Die Haushaltsverträge werden genehmigt. Es wird dann der Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete behandelt.

Abg. v. Guérard (R.) erstattet den Ausschussbericht. Der Ausschuss schlägt Entschärfungen vor, in denen die Reichsregierung aufgegeben wird, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß bei der Räumung der besetzten Gebiete und der ersten Befestigung eine entsprechende Verminderung der gesamten Befestigungskosten erfolge und eine stärkere Belastung der zweiten und dritten Befestigungsbahn vermieden wird. Ferner werden energische Schritte gefordert, damit die deutschen Personen, die durch den Betrieb der Regie-Eisenbahn zu Schaden gekommen sind, endlich entschädigt werden. Zur Linderung der Not des Mittelstandes sollen zunächst 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Das unbesetzte Gebiet müsse als vornehmliche Aufgabe betrachtet, für die Not der besetzten Gebiete das notwendige Verhältnis zu erfinden. (Beifall.)

Minister der besetzten Gebiete, Frenken, gibt zunächst einen Überblick über die bisherige Art der Verwaltung

der besetzten Gebiete. 1923, kurz vor dem Abbruch des passiven Widerstandes, sei das Ministerium der besetzten Gebiete gegründet worden, um zum Wohle der schwerbedrückten Bevölkerung der besetzten Landesteile zu wirken. Das Ministerium habe sich bewährt. (Zustimmung.)

Die Bevölkerung der besetzten Gebiete sei beispielgebend für opferbereite Vaterlandsliebe, und ihr besonderes Ministerium solle erhalten bleiben, solange die Verhältnisse es erfordern, und es den Wünschen der Bevölkerung der besetzten Gebiete entspreche. (Beifall.)

Der Minister hebt dann den großen Aufgabekreis seines Ministeriums hervor. Leider sei es noch nicht gelungen, die Wiederherstellung des Reichskommissariats in Koblenz durchzuführen. Eine besonders wichtige Aufgabe des Ministeriums sei auch die Ermöglichung der Rückkehr der Ausgewiesenen. Die schweren persönlichen Opfer, die die Bewohner der besetzten Gebiete schon seit sechs Jahren bringen müssen, sollten wenigstens auf materiellem Gebiet einen gerechten Ausgleich erfahren. Der Minister kündigt eine Verheimlichung des Entschädigungsverfahrens an. Es müsse alle Kraft daran gesetzt werden, um den Pflichten gegenüber der Bevölkerung der besetzten Gebiete nachzukommen. Treue um Treue solle die Lösung sein. (Sehr lautes Beifall.)

Abg. Kirchmann (Soz.) bedauert, daß die Tätigkeit des Ministeriums durch allerlei Zuständigkeitsfragen eingeengt werde.

Abg. Dr. Drander (DnL.) hält dem Vorredner vor, daß nicht allein die Sozialdemokraten Opfer im besetzten Gebiet gebracht hätten. Die Schäden in dem besetzten Gebiet müßten endlich geheilt werden. Die Atmosphäre einer Verständigung müsse im Rheinland erst geschaffen werden. Der Separatismus sei hauptsächlich für immer überwunden. Die Lösung des Rheinlandes von Preußen würde die Lösung des Reichs bedeuten. (Zustimmung rechts.) Wenn das besetzte Gebiet auch in der Hand mit der preussischen Regierung gehe, dann werde es ein fester Bestandteil des Reichs bleiben.

Abg. Esser (R.) verweist auf die Rheinlandsfeier, die die Treue der rheinischen Bevölkerung bewiesen habe. Das Reich könne von seinen Verpflichtungen für Rhein und Ruhr nicht entlastet werden. Der Rhein- und Ruhrfonds müsse vor allem für die Ausgewiesenen dienen. Der Mittelstandskredit von 10 Millionen, der nur ein erster Anfang sei, müsse streng nach der Gerechtigkeit verteilt werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Kalle (D. Vp.) betont, es sei immer wieder notwendig, die Notlage der besetzten Gebiete zur Sprache zu bringen, trotz aller anderen Räte, denn hier handele es sich um die deutsche Zukunft. Das Ministerium habe nicht nur in fiskalischem, sondern vor allem auch in wirtschaftlichem Sinne zu arbeiten.

Eine besondere Fürsorge müsse in steuerlicher Hinsicht eintreten.

Erleichterungen für die Geschäftigen müssen hier geschaffen werden. Dem Handwerk und dem Gewerbe müsse Kredithilfe zuteil werden. Der Redner schloß mit einem Treuebekenntnis zu Deutschland und zu Preußen. (Beifall.)

Abg. Weber-Düffeldorf (Komm.) kritisiert die Feste im Rheinland anlässlich der Jahrtausendfeier. Man solle statt mit schönen Nebensachen, lieber mit Taten kommen.

Abg. Krell (Dem.) hält dem Ausland vor, daß der Rheinländer immer deutsch und national gewesen sei. Die Jahrtausendfeier seien ein wahres deutsches Volksfest gewesen. Das Ausland solle diese deutsche Feier richtig verstehen als ein Dokument deutscher Arbeit und deutschen Arbeitsfleißes. Der Redner fordert bei der Räumung der zweiten und dritten Zone vor allem auch diejenige Räumung.

Abg. Dr. Bayersdorfer (Vahr. Vp.) gibt zu bedenken, daß nur derjenige die feste Idee des Rheinlandes recht versteht, der sie selbst erlebt habe. Daher stimme das Rheinland auch dem Londoner Abkommen zu.

Der Beratungsantrag wird angenommen.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung am Donnerstag 24 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Initiativantrag der Regierungsparteien auf Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer, Haushalt der besetzten Gebiete und kleine Vorlagen.

Abg. Stöder (Komm.) verlangt trotz der entgegengegesetzten Beschlüsse des Ausschusses und des Auswärtigen Ausschusses wiederum eine sofortige außerpolitische Debatte.

Es entspinnt sich wieder eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte.

Der Antrag, schon am Donnerstag eine außerpolitische Debatte abzuhalten, wird darauf gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Wollfischen abgelehnt.

Die nächste Sitzung ist Donnerstag 24 Uhr mit der Tagesordnung: Kleine Vorlagen und Haushalt der besetzten Gebiete.

Schluß der heutigen Sitzung nach 8 Uhr.

Zur Räumung des Ruhrgebiets.

TU. Essen, 8. Juli. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, wird das Gebiet von Hattingen Stadt und Land am 20. d. M. geräumt, wobei als Vorbereitung hierzu angesehen werden kann, daß bereits zehn Tage vor dem endgültigen Abmarsch der französischen Truppen die Zivilbehörden und französischen Familien abtransportiert werden sollen. Am Montag zogen Befestigungsgruppen mit allem Feldmaterial, Artilleriegeschützen und Trains, von Bochum — Lautenbach heranziehend, durch Steele in Richtung auf Essen. Diese Truppenteile waren nach Angabe der Dolmetscher auf dem Rückwege nach Frankreich. Ob es sich jedoch hierbei um etwaige Truppenverfügungen handelt, kann nicht festgestellt werden. Bekanntlich sind in den letzten Wochen mehrere Nachrichten über den Abzug der Befestigungsgruppen verbreitet worden, bei denen es sich nachträglich herausstellte, daß nur eine Veränderung der Truppenstationen in Frage kam.

Es ist unwahrscheinlich, daß angesichts der Volksstimmung nach Abzug der Truppen noch vereinzelte französische Militärpersonen zurückgelassen werden. Anzunehmen ist, daß es sich dabei um die Uebergabekommandos handelt, die naturgemäß noch einige Tage am geräumten Ort verbleiben.

Zu den Gebieten westlich der Zone Reddinghausen, Bochum, Hattingen, nämlich in den Städten Essen, Duisburg, Launheim, ist von Abzugsabsichten der französischen Befestigung noch nichts bekannt. Ebenso sind in diesen Städten keinerlei Quartiere freigegeben, noch sonstige Räumungsmaßnahmen unternommen worden.

Ueberführung der Ruhrtruppen in das allbesetzte Gebiet. TU. Kaiserslautern, 8. Juli. Der Magistrat der Stadt Kaiserslautern ist von der Befestigungsbehörde angewiesen worden, für 100 französische Offiziere Wohnungen zu beschaffen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Ruhrtruppen in das allbesetzte Gebiet geführt werden sollen. Es würde sich also nicht um einen Abtransport der französischen Truppen nach Frankreich, sondern nur um eine Umgruppierung handeln.

Der Abzug der Befestigung aus Reddinghausen bevorsteht.

Reddinghausen, 8. Juli. Die Stadtverwaltung teilt mit, daß der Abmarsch der Befestigungsgruppen voraussichtlich in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Die Bevölkerung wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß der Abzug der Truppen keineswegs gleichbedeutend ist mit der endgültigen Räumung und Freigabe des Stadtgebietes. Nach den bisherigen Mitteilungen gilt das Stadtgebiet Reddinghausen vielmehr bis zum 15. August d. J. als besetztes Gebiet. Die Stadtverwaltung ersucht daher die Bevölkerung, beim Abmarsch der Truppen jeglichen Zwischenfall zu vermeiden.

Fortsetzung der Abzugsvorbereitungen im Bochumer Bezirk.

TU. Frankfurt, 8. Juli. Die „Frankfurter Ztg.“ meldet: Die seit einigen Tagen ausgenommenen Abbaumassnahmen der französischen Befestigung im östlichen Teil des Ruhrgebiets werden fortgesetzt. In Witten, Hattingen und Bochum sind die Familien der Befestigungsangehörigen zum Teil bereits abtransportiert worden. Einzelne Wohnungen und Kasträume sind zurückgegeben und transportable Gebäude und kleinere Lager abgebrochen worden.

Zur Unterbrechung der deutsch-französischen Verhandlungen.

Eine Erklärung von deutscher Seite. w. Paris, 8. Juli. Die deutsche Wirtschaftsdelegation hat der französischen Presse folgende Erklärung übermittelt:

Die deutsche Delegation bedauert, daß die seit neun Monaten geführten Verhandlungen nicht so zeitig zum Abschluß gekommen sind, daß die Ratifizierung eines Abkommens durch die Parlamente der beiden Länder vor ihren Ferien ermöglicht werden konnte. Wie ein am 14. Juni durch das französische Handelsministerium veröffentlichtes Communiqué festgestellt hat, glaubt die deutsche Delegation, daß die für Frankreich für die wichtigsten deutschen Exportartikel gemachten Konzessionen (Chemikalien, Maschinenartikel, Kleinfabrikate, optische Erzeugnisse, elektrische Artikel, Lederwaren, Keramik und Spielwaren) nicht ausreichen, um das Gleichgewicht herzustellen, das eine Grundlage für ein Handelsabkommen hätte ergeben können. Andererseits hat die französische Wirtschaftsdelegation die von Deutschland gemachten Vorschläge, namentlich was Wein, Wolle und Baumwollgewebe sowie Automobile anbelangt, für ungenügend erklärt. Es ergibt sich also daraus, daß die zwischen den beiden Delegationen entstandenen Meinungsverschiedenheiten sich auf wirtschaftlichem Gebiet fundiert haben. Keinen Augenblick dagegen haben in der Diskussion politische Fragen eine Rolle gespielt und in irgendeiner Weise die von der deutschen Regierung eingenommene Haltung beeinflusst. Die in den letzten Tagen hierüber gemachten Bemerkungen entbehren also jeder Grundlage.

Einem Ausfertigung des französischen Handelsministers. Handelsminister Chaumet erklärte heute abend den französischen Pressevertretern über die Unterbrechung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen: Wir haben das Wenigstmögliche versucht, um rasch zu einem praktischen Ergebnis zu kommen. Der gute Wille der deutschen Unterhändler kann nicht bezweifelt werden, aber sie wurden behindert durch Forderungen gewisser Industrieller und Bankiers. Andererseits haben wir nicht die hauptsächlichsten Industrien unseres Landes opfern können. So haben es eben die verschiedenartigen Interessen unmöglich gemacht, vor der Beendigung der parlamentarischen Session, wie man es wünschte, zu einem Abschluß zu gelangen. Unter diesen Umständen haben es die deutschen Delegierten vorgezogen, die Verhandlungen zu unterbrechen.

Nach gemeinsamer Übereinkunft haben die beiden Wirtschaftsdelegationen beschlossen, ihre Arbeiten erst am 15. September in jeder aufzunehmen, um während der Pariser Session jede Diskussion zu verhindern. Bevor sich die Delegierten trennen, werden sie noch die Prüfung einiger in der Schwebe gebliebener Einzelfragen beenden.

Die Kraftprobe.

Während wir uns noch viel zu sehr mit den innerpolitischen Streitigkeiten abgeben, die sich doch zum Teil wenigstens an der Peripherie der Stabilitätsnote bewegen, ist das Interesse des Auslandes schon ganz anders eingestellt auf die Frage, was Deutschland in Beantwortung der Note Brandts erwidern wird. Die Vertreter der ausländischen Zeitungen, die ja immer das Gras wachsen hören und dank einer häufig genug fehlenden Mechanik der amtlichen Stellen in der Regel auch besser unterrichtet sind als die deutsche Presse, haben das anmutige Spiel der Kombinationen über den mutmaßlichen Inhalt der deutschen Note bereits begonnen. Mindestens ein Duzend verschiedene, aber alle „überläufige“ Informationen stehen zur Verfügung; prüft man sie aber auf Herz und Nieren, dann steht nicht viel mehr in ihnen, als was gesunder Menschenverstand und Phantasie aus dem bisherigen Gang der Verhandlungen herauszulesen imstande ist.

Das eine steht allerdings jetzt wohl schon fest, daß die deutsche Regierung ihre ursprüngliche Absicht einer mehr bescheidenen Zwischennote aufgegeben hat. Zwischen den verschiedenen unüberwindlichen Hindernissen hin und her gelaufen, die Zweifelstragen, die also vor zwei Wochen noch bestanden, sind geklärt, und wenn auch noch längst nicht restlose Übereinstimmung besteht über das, was aus Brandts Note herauszulesen ist, so wissen wir doch jetzt wenigstens mehr als genug, um, wenn auch noch nichts Abschlüssendes, so doch, nachlässig entgegen zu können. Die Formulierung mag nicht ganz einfach sein, die Tendenz aber, in der sich die deutsche Antwort bewegt, ist festgelegt. Die läuft darauf hinaus, daß es sich jetzt zeigen muß, ob Frankreich stark genug ist, den Engländern seinen Willen zu oktroyieren, oder ob Chamberlain noch genug Reserven hat, um, wie er im Unterhause behauptete, den französischen Text zurückzuschrauben zu können auf einen Vorschlag, der an sich nicht viel mehr Schweregehalt für sich beansprucht, als die Anregungen in dem ursprünglichen deutschen Memorandum. Anders herum gesehen: der Kampf der nächsten Wochen wird auf die Kraftprobe hinauslaufen, ob es den Franzosen gelingt, ihre Vertragsentwürfe durchzusetzen oder ob wir zu einer internationalen Unterabhandlung kommen, bei der von Anfang das Prinzip der Gleichberechtigung und der Gegenseitigkeit anerkannt ist.

Daß im Deutschen Reichstag eine Mehrheit für die Annahme der französischen Vorschläge nicht vorhanden ist, steht absolut fest. Von den Sozialdemokraten bis zu den Sozialisten ist man sich darüber einig, daß es ein Verhängnis wäre, wenn wir uns auf diesen gefährlichen Boden begeben würden. Umso selbstverständlicher aber sollte es sein, daß die Parteien der Regierung das Vertrauen entgegenbringen, daß sie im entscheidenden Augenblick das Richtige sagen wird. Statt dessen auch hier ein Sturmhaufen der Demokraten und Sozialdemokraten, die unter allen Umständen erzwingen wollen, daß vor Ueberreichung der Note eine außerpolitische Aussprache im Plenum stattfindet, obwohl sie sich doch sagen müssen, daß sie damit einem der wichtigsten Grundsätze des Parlamentarismus ins Gesicht schlagen. Denn nicht der Reichstag regiert, sondern die als Vertreter einer Mehrheit geschäftsführende Regierung, deren Aufgabe es ist, international als Verhandlungsführer aufzutreten; genau so, wie ja auch das englische Unterhaus von der englisch-französischen Antwort keine Ahnung gehabt hat. Dabei ist es selbstverständlich für uns, daß das Kabinett, bevor es seine Note absendet, sich nicht allein mit den Führern der Regierungsparteien, sondern auch mit den anderen Fraktionen in Verbindung setzt, um ihnen Kenntnis zu geben von dem, was auf deutscher Seite gesagt werden soll. Wenn aber der Reichstanzler Dr. Lütkeföhl sich zwingen ließe zu einer außerpolitischen Aussprache, bevor er die deutsche Antwort absendet — wohl verstanden zwingen läßt von dem Willen der Oppositionsparteien —, dann würde er damit eine wichtige innerpolitische Position aufgeben und ein Spiel um eine Kraftprobe verloren haben, das auf seine Stellung als Unterhändler den Franzosen gegenüber sehr schädlich einwirkt. Wir dürfen uns nicht darüber im Zweifel sein, daß es nicht ganz einfach sein wird, die deutschen Forderungen durchzusetzen, daß es aber unmöglich wird, dieses Ziel zu erreichen, sobald wir der Gegenfraktion der Einbrud entgegensteht, daß durch innerpolitische Querstreichen das Beharrungsvermögen des Kabinetts Lütkeföhl-Schleier-Stefemann vielleicht doch zu zerschlagen ist.

Der Hochverratsprozeß Bogenhard.

TU. Leipzig, 7. Juli. Am zweiten Verhandlungstage des Bogenhard-Prozesses wurde die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Sie bestritten alle die von ihnen in der Voruntersuchung gemachten Aussagen, die sie lediglich unter dem Zwange des Untersuchungsrichters gemacht haben wollten. Es machte sich deshalb die vollständige Verlesung ihrer Aussagen notwendig. Der als Zeuge vernommene Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Jürgens-Stargard, bestritt entschieden, daß er die Aussagen der Angeklagten erpresst hätte. Die Aussagen in der Voruntersuchung seien von den Angeklagten freiwillig und ohne Zwang gemacht worden.

Die Kämpfe in Marokko.

Die Linie Targu-Magier von den Rifstufen durchbrochen.

Madrid, 8. Juli. Nach Meldung des „Albano“ aus Mekka ist die Linie Targu-Magier von den Rifstufen durchbrochen worden. Bei Targu ist ein Gefechtslager aus zusammengekauften Eisenbahnen errichtet worden. Die Lage der Franzosen wird als sehr schwierig beurteilt.

Die Arbeiten der Madrider Konferenz.

Madrid, 8. Juli. Habas meldet aus Madrid: Der französische Vorkämpfer in Madrid hat der Zeitung „Albano“ erklärt, daß die Arbeiten der französisch-spanischen Konferenz bis jetzt nur zu einem Abkommen über die Blockade zu Wasser und zu Lande geführt hätten. Für die anderen Punkte werden die Verhandlungen der französischen Regierung erwartet. Die Konferenz beschäftigt sich damit, gemäßigte und gerechte Friedensvorschläge für Abd el Krim auszuwerfen, man könne jedoch dem Präsidenten im Hinblick auf seine Souveränität zueräumen. Wenn Abd el Krim die Vorschläge zurückweisen würde, würde er die beiden Mächte vereint gegen sich finden.

England zur Targufrage.

London, 8. Juli. Die englische Antwort auf die spanische Note über Targu wird voraussichtlich heute abgefaßt werden. Von maßgebender Stelle wird in Madrid gefühl, daß Madrid eine Veränderung der gegenwärtigen Grenzen, wie sie auf der Targu-Konferenz festgelegt seien, verlangt habe. Die Note werde wahrscheinlich, so schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, klar machen, daß jeder Versuch Abd el Krim, die Neutralität Targus zu verletzen, in London als unannehmbar angesehen werde. Es sei deshalb nicht möglich, die Polizeitruppen in Targu zu verfrachten. Die Beteiligung englischer Kriegsschiffe an der Blockade sei auf Grund der Targu-Konferenz notwendig nachgeprüft worden.

Großbritannien zur Blockade.

London, 8. Juli. Laut „Daily Mail“ erwidern die spanische und französische Regierung die britische Regierung, ihnen bei der Durchsuchung von Schiffen, die nach Marokko gehen, Schiffen zu sein. Britische Inoffizielle Äußerungen gehen dahin, daß Großbritannien in keiner Weise die Rufe teilnehmen werde, daß es aber nichts dagegen haben würde, daß das britische Kommando, welches sich in den marokkanischen Gewässern befindet, innerhalb der Dreimeilenzone bei der Wasserfische auf Schiffen mitwirde.

London, 8. Juli. Weiter erzählt, daß die britische Regierung noch keine Entscheidung wegen der Blockade der marokkanischen Küste gemeinsam mit den französischen und spanischen Streitkräften getroffen hat, und daß bisher noch keine Antwort auf ein diesbezügliches Ersuchen gegeben wurde. Die Regierung bescheide die Lage genau, doch werde im Augenblick nicht angenommen, daß britische Interessen in Targu unmittelbar bedroht sind.

Räumung französischer Garnisonen.

TU. Paris, 8. Juli. Aus Fez wird gemeldet, daß die französischen Garnisonen von Buxta und von Dulebala von den Truppen geräumt worden sind.

Die Befehlsübernahme Roullins.

TU. Paris, 8. Juli. Der neue Oberbefehlshaber der militärischen Streitkräfte in Marokko, Roullin, wird seinen neuen Posten in zehn Tagen antreten.

TU. Paris, 8. Juli. Ministerpräsident Painleve hat den neuen Oberkommandierenden in Marokko, General Roullin, empfangen. General Roullin wird zunächst seinen Generalstab bilden und sich mit der militärischen Lage in Marokko vertraut machen.

Neuer Marokkofreitag.

TU. Paris, 8. Juli. In der Kammer brachte Painleve einen Gesetzentwurf ein, der für Marokko einen Zahlungsbetrag in Höhe von 800 Millionen Franken fordert.

Ausschub des Urteilspruches in Moskau.

TU. Moskau, 8. Juli. Der Vorsitzende des Volksgerichtshofes, Kollontaj, hat auf die einlaufenden Untersuchungen der verhafteten deutschen Studenten hin erklärt, daß nunmehr die Entscheidung über die Vollstreckung des Todesurteils vom Zentralvolksgerichtshof der Sowjetunion abhängt.

Die politische Reform in Indien.

Eine zurückhaltende Erklärung des britischen Staatssekretärs für Indien.

London, 8. Juli. In einer Erklärung über die Politik der Regierung in Indien führte der Staatssekretär für Indien, Lord Birkenhead, u. a. aus, zwischen ihm und dem Vizekönig seien keine entscheidenden Vereinbarungen getroffen worden. Ebenso wenig habe auch das Kabinett eine Entscheidung getroffen. Bevor daran gedacht werden könne, sich über die Montagu-Chelmsford-Vereinbarung zu verhandeln, müßten gewisse Vorarbeiten der Schritte getan werden. Der stellvertretende Vizekönig von Indien, Lord Lytton, und die Regierung von Indien seien über die Beratungen auf dem Laufenden gehalten worden, obgleich weder Lord Lytton noch seine Regierung durch die Beratungen irgendwie in ihrer Verantwortlichkeit berührt würden. Bevor man irgend eine Entscheidung treffe, müsse man die Regierung von Indien darum ersuchen, die Angelegenheit zu prüfen und Ratsschläge zu erteilen. Man müsse auch die Ansicht der gesetzgebenden Verwaltung einholen. Die britische Regierung denke nicht im Traum daran, Entscheidungen ohne die Mitwirkung jener sehr wichtigen gesetzgebenden Körperschaft, die erst vor kurzer Zeit ins Leben gerufen worden sei, bekannt zu geben, oder auch nur zu fällen.

Lord Birkenhead erklärte in seiner Rede weiter, das Reformexperiment vom Jahre 1919 sei bemerkenswert und äußerst nützlich gewesen. Man habe es unternommen in der Atmosphäre des Nachkriegschaos. Er wies darauf hin, daß in der Einleitung der Act vom Jahre 1919 die Grundsätze niedergelegt worden seien, nach denen zu gegebener Zeit der Versuch mit dieser oder jener Form einer Verfassung gemacht werden könne. Die Regierung werde sich von den in dieser Einleitung enthaltenen Vorschlägen nicht durch die Taktik ungebildeter Leute abbringen lassen. Drohungen oder Gewalt seien ungeeignete Mittel, um die Angelegenheit zu beschleunigen. Es scheine ihm nicht ausgeschlossen, daß auch sehr vorsichtige Staatsmänner eine frühere Einführung der Verfassung durch die Kommission der Reformen empfohlen hätten. Der nationalindische Geist, der in den letzten Jahren Großbritannien am meisten Schwierigkeiten gemacht habe, erbeute ein nationalindisches Indien. Eine der größten Sorgen für England bestünde in den Streitigkeiten innerhalb der Gemeinden zwischen den Mohammedanern und den Hindus, die zu wilden Kämpfen führen würden, wenn sich England zu Indien zurückzöge. Sollte Großbritannien sich einer Verantwortung in Indien entziehen, so wäre das für Indien selbst verhängnisvoll sein.

Lord Birkenhead führte in seiner Rede weiter aus: Die Montagu-Chelmsford-Reform hätte eine große Lustigkeit gehabt, da die erforderliche Zusammenarbeit ausgeblieben sei. Die stärkste politische Partei in Indien habe sich vielmehr bemüht, das hochherzige Anerkennen zu machen. Die Wirkung der Reform in verschiedenen Provinzen sei wieder ein voller Erfolg noch ein voller Mißerfolg. Die Verfassung werde zweifellos einer Revision unterzogen werden müssen. Die Beschleunigung der Einberufung einer königlichen Kommission habe zur Voraussetzung, daß die politischen Führer der indischen Parteien den Beweis für ihren aufrichtigen Wunsch für eine Zusammenarbeit mit England erbringen und sich mit der bestehenden Verfassung so gut wie möglich abfinden. Wenn die indischen Kritiker der britischen Regierung der Meinung seien, Besseres als die britische Regierung leisten zu können, so sollten sie eine Verfassung vorschlagen, die von den Körperlichkeiten Indiens allgemein geachtet werde. Ein solcher Vorschlag würde auf das sorgfältigste geprüft werden. Was den Bericht der Kommission über die

Frage der Autonomie der Provinzen.

anbelange, so müsse sich zunächst die indische Regierung hierzu äußern. Die britische Regierung werde hinsichtlich der Durchführung dieser Vorschläge soweit wie möglich gehen. Was die Indienststellung des Heeres anbelange, so müsse dieser Projekt notwendigerweise Langsam und in bestimmten Grenzen durchgeführt werden, was schon durch den Mangel an Personalmaterial bedingt sei. Bevor ein solches Experiment allen Erfolg erweise, bedürfte die Regierung nicht über ganz bestimmte Grenzen hinauszuweisen.

Lord Birkenhead schloß seine Rede mit den Worten: Wir wünschen zwar eine Atmosphäre des guten

Willens und der Zusammenarbeit zu schaffen, es ist jedoch

in der Lage, in absehbarer Zukunft eine Möglichkeit dafür zu sehen, daß wir unser Mandat ohne Schaden für uns oder für Indien werden ausüben können.

Großbritannien hat nicht den Wunsch, den Osten auszuheuten, vielmehr richtet es an die verschiedenen Völker Indiens die Einladung, Schulter an Schulter mit Großbritannien erfolgreich und harmonisch zusammenzuarbeiten.

Sowjetrußland und die Finanzblockade.

Moskau, 8. Juli. Unter Beteiligung einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge fanden gestern hier Straßenkundgebungen statt, in denen das Volk zur Selbsthilfe gegen die Finanzblockade aufgefordert wurde. Von den Rednern wurde empfohlen, die Innenanleihen nach Kräften zu unterstützen, da sie die Mittel seien, um unter allen Umständen den geregelten Gang des Wirtschaftslebens zu sichern. Solowjoff erklärte Pressevertretern gegenüber, die Finanzblockade gegen Sowjetrußland könne für die Sowjetunion nicht von entscheidender Bedeutung sein, da das Land sich aus seinen inneren Kräften heraus rasch wiederherstelle, seine Industrie entwickle und das Budget ins Gleichgewicht bringe, den Außenhandel fördere und den Kredit im Innern stärke. Die bevorstehende gute Ernte gestalte die Aussichten des Landes noch günstiger.

China.

Shanghai, 8. Juli. Eine Anzahl Straßenbahnangehöriger hatte gestern früh infolge von Drohungen die Arbeit niedergelegt. Die Straßenbahnwagen wurden von Freiwilligen bewacht. Seitdem die Elektrizitätzentrale die chinesischen Arbeiter nun noch sehr wenig mit Strom versorgt, sind 40 000 Arbeiter zum Hungertode gezwungen.

Shanghai, 8. Juli. Meldungen aus Schanghai besagen, daß das japanische Viertel den ganzen Tag über von den Chinesen eingeschlossen war, und daß der japanische Konsul einen Zusammenstoß befürchte. Die chinesischen Behörden sollen keine Maßnahmen zum Schutz der Ausländer getroffen haben.

Hongkong, 8. Juli. Hier wurde gestern abend von den Engländern ein großer Demonstrationstrupp veranstaltet, an dem Matrosen, Seefahrer, reguläre Truppen im Stahlhelm und Feldpolizei teilnahmen. Das Polizeikorps und indische Truppen nahmen teil. Die Polizei verhaftete 20-30 Chinesen, die deportiert werden sollen.

Die polnischen Wirtschaftsforderungen.

Seine Grundlage für eine Einigung.

Berlin, 8. Juli. Die polnische Delegation überreichte gestern ihre Antwort auf die letzten deutschen Vorschläge zum vorläufigen deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen. Obwohl die deutsche Delegation durch Erhöhung des Kohlenkontingents von 60 000 auf 100 000 Tonnen, durch Garantieung des Status quo hinsichtlich der Weizenzufuhr, durch den Vorschlag eines pactum de contrahendo für die Weizenzufuhr und durch Zurückziehung der deutschen Forderungen in der Liquidationsfrage den polnischen Wünschen entgegengekommen ist, macht die polnische Delegation in ihrer Antwort nicht einmal den Versuch, durch Gegenanträge sich dem deutschen Angebot zu nähern. Sie wiederholt nur ihre schon früher gegebenen Erklärungen, daß Polen die polnische Wirtschaftsentwicklung und das Einreiseverbot für Handelsreisende nur zugestehen kann gegen ein Kohlenkontingent von 350 000 Tonnen im Monat und gegen Sicherstellung der Einfuhr nicht nur von Fleisch, sondern auch von lebenden Tieren und Schweinen. Die Forderung eines Kontingents von 350 000 Tonnen, die dem bisherigen, durch den Versailles Vertrag Deutschland aufgezogenen Kontingent nachkommt, versteht völlig die durch die Weltwirtschaftskrise auf die deutschen Kohlenproduktion entstandenen Schwierigkeiten. Diese Forderung ist daher für Deutschland völlig unannehmbar. Ebenso wenig trägt die polnische Forderung auf Einfuhr von lebenden Tieren und Schweinen dem deutschen Standpunkt Rechnung, daß eine Einfuhr von Tieren überhaupt nicht in Frage kommt, und daß auch die Einfuhr von Schweinen in dem jetzt abzuwickelnden Provisorium nicht geregelt werden kann, da mit Rücksicht auf den deutschen Viehbestand dazu eingehende Verhandlungen und Vorbereitungen notwendig sind; hat doch Deutschland außer mit Österreich mit keinem seiner Nachbarländer ein Veterinärabkommen geschlossen. Polen erklärt weiter, daß es von diesen Forderungen nur dann absehen könne,

wenn Deutschland bereit wäre, auf die polnische Wirtschaftsentwicklung zu verzichten, und lediglich ein Abkommen zu schließen, dessen Inhalt nach Ansicht der polnischen Delegation sich darauf zu beschränken hätte, daß der Wert der ausgetauschten Waren sich auf beiden Seiten entspricht. Die polnische Delegation kommt somit auf den bereits früher von ihr oft wiederholten Gedanken zurück, ihre als ausgeprobenes Kampfmittel, ausschließlich gegen Deutschland gerichteten und jeden Handelsverkehr unterbindenden Einfuhrverbote dem seit einem Jahrzehnt gegenüber allen Ländern bestehenden deutschen Kohleneinfuhrverbot gleichzustellen. Ein Abkommen auf dieser Grundlage, das die von Polen beliebte Taktik, während der schwachen Verhandlungen neue Einfuhrverbote zu erlassen, sanktionieren würde, ist für Deutschland unannehmbar und auch nicht geeignet, die durch die polnischen Einfuhrverbote hervorgerufene Störung im Wirtschaftsverkehr zu beseitigen. Diese Antwort der polnischen Delegation bietet daher keine Aussicht, zu einer Einigung zu gelangen.

Erklärung des Reichstanzlers im Auswärtigen Ausschuss.

Gegen eine Debatte im Reichstag vor Ablehnung der Note an Frankreich.

TU. Berlin, 8. Juli. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages machte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorlesung, Abg. Herget (Dnl.), Mitteilung von einem Schreiben des Abg. Walter-Franken (Sag.), in dem unter Hinweis auf die Vorgänge im Plenum am Schluß der letzten Woche der Wunsch ausgedrückt wird, die Frage zu klären, ob eine außerordentliche Sitzung des Reichstages stattzufinden soll. Reichstanzler Dr. Luthers erklärte, daß die Reichsregierung vor Ablehnung der Note auf die französische Forderung mit dem Auswärtigen Ausschuss in nochmalige Verhandlung zu treten beabsichtige. Diese soll erfolgen, sobald der Text für die Antwortnote in der Regierung selbst durch beraten sei. Obgleich diese Note nach dem Stand der internationalen Erörterungen des gesamten Problems noch nicht abschließenden Charakter tragen würde, so könnten immerhin wesentliche Vorfragen darin bereits zur praktischen Entscheidung kommen. Die Regierung habe eine Erörterung im Plenum der Note nicht für zweckmäßig gehalten, halte dagegen an der Auffassung fest, daß nach der Ablehnung eine Erörterung im Plenum angebracht sei. Bei einer Aussprache im Plenum vor der Ablehnung müsse die Reichsregierung befürchten, daß dann im Verlaufe der Erörterung sich ein Eingehen auf die Einzelheiten der Note nicht vermeiden lasse, wodurch dann der diplomatische Brauch, beratende Noten vor Überreichung nicht bekannt zu geben, verletzt werden würde. Die auch der Regierung bei der Gesamtlage und bei der Bedeutung erwünschte parlamentarische Mitwirkung sei jedoch durch die in Aussicht genommene Verhandlungnahme mit dem Auswärtigen Ausschuss gesichert. Hieran schloß sich eine ausführliche Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Reichstanzler und der Reichsausschuss wiederholt das Wort nahmen. Zum Schluß stellte der Vorlesende, Abg. Herget (Dnl.), fest, daß er, entsprechend den Erklärungen des Herrn Reichstanzlers mit der Reichsregierung im Benehmen bleiben werde, um, sobald die Verhandlungen des Kabinetts über die bevorstehende Antwort zur Sicherheitsfrage dahin geblieben sein würden, eine neue Sitzung des Auswärtigen Ausschusses anzuberaumen.

Die Not der Pfalz.

Dr. Schacht in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 8. Juli. Anlässlich der Anwesenheit Dr. Schachts in der Pfalz fand gestern auf Einladung der Handelskammer Ludwigshafens eine Besprechung statt, an der Vertreter aus den Kreisen der Industrie, des Handels und Gewerbes teilnahmen. Der Präsident der Ludwigshafener Handelskammer, Geheimrat von Wagener, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Not der Pfalz hin, die noch heute stark unter der Nachwirkung der Separatistenzeit leide. Mit Bezug auf die unzureichenden Vorwürfe, die der Reichsbank darüber gemacht worden seien, daß sie die gewünschten Kredite nicht gewährte, sagte der Redner, daß die Kreditfahndungen durch die erfolglosen Verhandlungen des Barmausgleichs und zuletzt des Höflichkeitsausgleichs irre geworden seien über die Verwendung vieler Millionen, insbesondere auch darüber, daß nie zu erfahren gewesen sei, was aus den für die Pfalz bestimmten 2 Millionen Mark geworden ist. Zum Schluß bat der Redner den

Dünen-Sput.

Von Peter Mohr.

Wist du schon einmal, einsamer Wanderer, über die schimmernden Dünen gegangen, wenn dir zur Dünenspitze Meer erbraut und dir zur Rechten grün und goldene Wellen das Heft des Lebens wiegt? Hast du gespürt, wie im wehenden Wind lachende Raben dich umdrängen, die bis zum Sand in die Augen treten, daß du gebend und hilflos stichst? Die dir den Fuß vom Kopf reihen, und ihn im toten Jagen entziehen, bis tief hinunter zu den Wässern der See! Und wie streichst du mit dem spitzen Nadeln die nassen Kiebel, wenn du im wehenden Sandsturm stichst!

Doch geht du einsam im sinkenden Abend über des Dünensandes dümmende Wellen, dann kriechen aus allen Ecken und Werten graue Schatten-Gestalten hervor, male fassbar fremde Wesen auf deinen Weg, und alles liegt in so unheimlichem Schweigen, daß du in dumpfem Entsetzen den Heimweg suchst.

Maß aber nächtlicher Sturm einher, grellen blendenden Blitze vom Himmel, leuchtend es und knallt es im Aieferngeflüster — dann, Wanderer, erzittere, dann werden tausend Totengestalten mehr. Dann wühlen aus dem Sand sich ächzend die Gebeine her, die vor Jahrhunderten von einer Düne unbarmherzig mitten im vollen Leben erstickt, begraben wurden. Und schauerlicher und entsetzlicher als des Meeres Toben und als des Donners Krachen erschallt das dumpfe Klagen der irdenden Seelen.

Brühet aber Mittagsstille auf der stillen, heißatmenden Düne, dann lauchst du das Dünenmädchen sehen, wie es mit leichtem, tanzenem Fuß durch die goldschimmernden Wellen wandert. Sein schlanker Leib ist weiß wie der Sand, doch schmückt ihn ein goldgelbes Schleiergewand, und der weiche Sand webt einen Heiligenschein um den blonden Scheitel der Jungfrau. Von ihren Lippen ist ein Singen, das ist wie ein feines Säuseln und Klingen im Wind.

Greift ihre Hand in den heißen Sand, und läßt sie ihn leise zwischen den verknäuelten Fingern gerinnen, so fällt sie der Düne zuckendes Herz an ihre eigenen Werten pochen. Unruhig, stürmisch — leise entschimmernd und still entgehend — es hat die wandernde Düne ein wildes und unfassbares Herz. Ein Herz, das lebt und weint und lacht und jubelt und singt, das zittert und leidet und das versetzt —, nie bleibst

die Düne, wie sie einst war. Jeder Windhauch hat wandelt ihre Gestalt, jeder Sturmhauch feht an ihrem Sein, jede Welle boht sich tief hinein in ihren weichen gewaltigen Leib. Und jeder Sonnenstrahl und jeder Wellenschlag gibt ihm ein neu Gewand und ihrer Seele ein anderes Gesicht.

Doch alle Wandlung und neue Gestaltung ist Leid im Leben und Werden der Düne. Und immer noch leht sie sich nach der Ruhe und der ewigen Unveränderlichkeit vom fühllosen Felsen.

Das Dünenmädchen aber liebt die Düne, ihr unfassbares Leben und ihr unruhig zuckendes Herz. Und in dem feinen zerrinnenden Sand fühlt es sein eigen immer sich sehndes Herz.

Und von den fernen Höhen steigt das Dünenmädchen nieder zu der brandenden See.

Die hat heut ihren frohesten Tag. Tiefblau und dunkelgrün und schwarz wie die Finsternis der Nacht flühen der Wasser Wogen heran, brausen auf, hoch, ganz hoch, — überfließen sich läh und werden so licht und von strahlender Klarheit. Und legen sich dann wie ein weicher, zerrinnender Teppich vor die Füße der Dünenmädchen. Kühlt sich die Wasser, in ewig zitternder Bewegung, — sie spürt darin unruhig das Meeresschmerzbrand. Noch unfähig, noch vergänglich und noch wechsellos als der Herzschlag der Düne da broden. Seit uralten Zeiten daselbe Leid: Düne und Meer, Düne und Meer, für seine Stunde sich selber gleich und doch in alle Ewigkeiten ihrem eigenen Wesen getreu.

Das Dünenmädchen steht mit großen Augen und schaut und schaut, und es lacht, wie die Wellen nach ihm hauchen; und nun singt es und tanzt und spielt mit den Wässern. Gibt den zurückflutenden Wogen nach, richtet sich steil auf und steht wie gebannt —, und steht dann in langen, federnden Sprüngen vor der neu heranbrausenden Flut. Wendet sich, tastet und sieht die schäumende, weiße Wucht langsam unter den Füßen vergehen. Und es treibt von neuem sein lustiges Spiel und ist wie ein hoher ammutiger Spul und tanzt einen traumhaften Wärdentanz.

Da padt die Jungfrau plötzlich eine Riesenvelle und hüllt sie ein, eisalt, und doch — so warm, so liebend! — Noch kann sie sich mit aller Kraft der unheimlich starken Strömung entziehen, doch steht sie wie beläut und wie gebend.

Sat nicht der Gott des Meeres sie eben selbst in nebeln? Und hat er sie nicht selbst und

fordernd wild geküßt! War er nicht jung und schön und kint nicht noch sein fleischfrohes Baden an ihr Ohr?

Der Ruf des Meeres hat das Dünenmädchen so ganz verwandelt. Der Sturmwind preht die nassen Schleierkleider fest um den schlanken Leib, er peitscht die blonden Haare vor sich her, und blaue Wölfe leuchten in den eint traumverlorenen Mädchenaugen.

Der Ruf des Meeres hat das Mädchen tiefer erbeben gemacht hat alle Sonnenherrlichkeiten seiner Dünenheimat.

Ihr Tanz ist wilde Leidenschaft geworden. Es ist, als läßt sie wie ein Wirbel über den schäumend verbrandenden Wellen. Schon wird sie von den Wogen gefaßt und wie eine leichte Feder hoch auf den Strand geschleudert. Da liegt sie wie ermatet und wirt noch einen langen, langen Wad zurück auf den stillen Frieden ihrer sonnig schönen Dünenwelt. Und kommt doch nicht frei vom dem Wam des todes verführernden Wässers. Sie richtet sich wieder auf und geht von neuem in die Flut, mit schweren, ädernden Schritten. Da aber hat die flümmende Welle sie fest umfaßt. — Ist es ein Jubel seliger Liebe aufauchendes Glück, das ihre weichen Arme läh zum Himmel hochredt? Ist es Entsetzen und verzweifelte Not, durchdrachtes Ernachern?!

Weich ruht der weiße Leib des Dünenmädchens im weichen Wellenbett und jubelnd trägt der Meerestot seine schöne Beute davon.

Die Düne aber liegt in unbeweglicher Ruhe im Sonnenschein. Und alles Geschelien rührt sie nicht an; es ist, als wär ihr nur ein einzig winziges Sandkorn entschunden, — fortgetragen in des Meeres weite, blaue Unendlichkeit.

Die weltfällige Florie.

(Porta westfalica.)

Von Otto Weßing.

Von der Brücke her weiter unten bei der alten Festung Minden sah ich dich zuerst. Und werde dich nicht los, die dich zwischen den Berggipfeln mit den stumpfen Tümpeln darauf — über unsichtbarem Wasser hinein in wolkumhangene Ferne. Wunderbar, wie dieser Wad sich mit Krallen festhält im Seeland. Wunderbar auch, daß nichts, kein Knipferband, keine Künstlerhand, den

feinen Schwung dieser Florie ganz getreu nachzuformen vermag.

Dann gibt es hier herum für jeden Kenner der Weltweit noch eine Stätte, die unwohnen ist vom Rotengarn lebendiger Erinnerung. Das ist der Klay oben am Denkmall. Das Denkmall selber — nun ja es steht da. Wenn es von unten her gesehen wird, fällt denen mit Gefühl eine schöne Geste auf. Diese Gabe — eine legende Vaterhand.

Wer hier oben — nein!

Das Schfeld hingegen rund herum, den Denkmallplatz abgerechnet, findet hier Taler, dort Berge, hier die graue Stadt am schmalen Band des weite, tiefen Flusses, dort das zerklüftete Berges mit dem drohlich-treffenden Namen „Hausberge“. Und geradeaus und rechts herum die Fülle der Berge, die Wälder, die Fluren... Deutschland im Kleinen. Wanderer! Komm und sieh, hier liegt es belebender.

Was ist alles durch diese Florie gezogen! Welches war am Anfang die Gewalt, die ausstieß das Felsenwehr, das sich fornte längs des Westflandes, schwerflügeligen Bodengeheier. Und was haben allein diese Gefenschen schon getragen, die dort unten einen Teil der Welt mit dem anderen verbinden! Wie hell klingt ihr Brausen und Schauern herauf zur Höhe, die über der Weiser ist, wie wohl ein auskühnender Turmarm über dem vom Tagesgewirr durchragenden Tal stehen mag, ein ewiger Hüter des Tales.

Und der Weiser fliegende Welle.

Ueber allem Schauen die Ruhe!

So du genug gesehen hast, Wanderer, von allem, was du dir drängt — sehr —, mit wenigen Schritten siehst du ganz oben auf dem Wälderberg!

Es liegt eine Klus nahebei, eine Klus, ja. Ein alter Bau eine Kapelle wohl, die einst einen Klausner hatte, der eine Glocke zum Schwingen brachte, auf daß sie klinge in alle Taler hinein. Auf daß ihr Klagen höre, was am Wenden unter in der Tiefe wallt. Daß sie zur Ruhe kommen nach Wärm und Unrast. Daß sie schwelche Hände ineinander legen zur Wille für das Heil der Seelen, die jetzt im Richte wandeln oder nach ewigem Richte suchen...

Es ist noch eine Klus vorhanden, aber wir kennen sie wohl nicht mehr.

Reichsbank...
Dr. Schacht...
u. a. folge...
Arbeit zur...
big geblieb...
nung aus be...
besten G...
Schaden de...
in Köln...
Notenbank...
halten zu...
aufbauen...
Schacht, b...
Stellen in...
sehr glückl...
rungsstadi...
haben...
wurdes, da...
wurden, d...
mühte, den...
der in G...
Mengen vo...
Industrie...
werden. U...
nachdem di...
den. Weite...
der Pfalz...
sch Deutsch...
Reichsbank...
in der sich...
Industrie...
einfachen...
berufen sei...
dem Kriege...
Produktion...
Industrie...
Produktion...
Schacht...
Glas-Bothe...
sagte, daß...
möglichst...
Deutsch...
sagt dann...
kein Kredit...
gefährt...
handelt m...
die Pfalz...
kommen m...
die Pfalz...

Nervenz...

Nichter bele...
Berlin...
preußischen...
gegenüber...
Nichter un...
den ganzen...
kommen...
tum. Auf...
Ausschuss...
berichtet...
für die pol...
liche Freim...
er einen f...
neugamme...
eine Wirt...
er sich er...
überzeugt...
sei und be...
seine Kran...
Ich unnu...
Gelb...
ten G...
ten h...
als Me...
seine Ber...
seinen Le...
nen Meie...
bestreiten...
dahin erg...
fanden, f...
der Sam...
Die Besch...
erwähnte...
Gelb...
schen...
daß er We...
Barmats...
neuen Fre...
leitete. Da...
schen f...
schuß un...
entgegenge...
Nichters...
beschloß...
teit nicht...
Berlin...
nung gab...
wonach...
des fröhe...
Nag...
verweilt...
auf...
haupt...
unrichti...
nung...
geladen...
teit, daß...
schleinen...
in Münster...
schleht, b...
den ande...
noch eine...
sich dann...

Neue S...

TU. B...
anwaltschaft...
abgelehnt...
punkt sel...
Unterfuch...
Gegenwart...
Dombois...
bereit...
bell und...
Richter...
schweren...
Merkte...
festge...
dew der...
Kation...
terfuch...
schwerd...
Berm...
e...
berit...
berit...

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

estfrallschestrassc Nr. 19.
Fernsprcchcr Nr. 4413.

[illegible]